

Björn Sucher

Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Chemie Baden-Württemberg e.V.

Donnerstag, 18. August 2022, 09:30 Uhr | Es gibt das gesprochene Wort

Begrüßung

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Ihnen als Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Chemie Baden-Württemberg über die Lage der Unternehmen in dieser herausfordernden Zeit zu berichten.

Auswirkungen der Krise

Wir haben gesehen, dass unsere Branche gerade in Sachen Umsatz noch mit einem blauen Auge davongekommen ist – zu danken haben wir das der speziellen Branchenstruktur. Hier liegt auch der Grund des aus gesamtwirtschaftlicher Sicht erfreulichen Beschäftigungszuwachses: Die Unternehmen, die viel zu tun haben, investieren in ihre Mitarbeiter. Sie investieren in Ausbildung und besetzen offene Stellen so schnell es geht wieder.

In unserer Umfrage haben wir allerdings auch die deutliche Rückmeldung bekommen, dass ein Großteil der Unternehmen zum einen eher pessimistisch für den Rest des Jahres eingestellt ist.

Außerdem befürchten fast 60 Prozent der Firmen bei einem Eintreten des als „worst case“ eingeschätzten echten Gasmangels, dass sie ihre Produktion drosseln müssen. Als Folge daraus erwarten knapp die Hälfte Kurzarbeit.

Einen kompletten Produktionsstopp befürchten 30 Prozent unserer Mitgliedsunternehmen. Die Folge wären eine teilweise Verlagerung von Produktionen ins Ausland (mehr als 20 Prozent) und sogar Standortschließungen (7 Prozent). Es ist also leider kein Wunder, dass fast ein Viertel der Unternehmen im Fall des Ausbleibens von Gaslieferungen mit Entlassungen rechnet.

Was sind unsere Schlussfolgerungen hieraus?

Die sozialen Kosten für ein Abschalten der Industrie wären extrem hoch. Die wirtschaftlichen, und die wirtschaftspolitischen Folgen wären katastrophal und endgültig: Schließung von Betrieben, Abwanderung von Produktionen und ganzen Unternehmen.

Damit würden sehr gut bezahlte Arbeitsplätze und wichtige Ausbildungsstellen verloren gehen.

Das kann nicht im Interesse des Industriestandortes Baden-Württemberg und des Industriestandortes Deutschland sein.

Lieferkettenprobleme Sie denken, ich male zu schwarz? Das ist nicht der Fall. Wir haben zwar – durch unsere spezielle Branchenstruktur – im vergangenen Jahr die Einbrüche des ersten Corona-Jahres im Umsatz ausgleichen können. Das war für die betroffenen Unternehmen erfreulich.

Aber: Die Produktion hinkt in der Breite hinterher. Die Unternehmen müssen mit extrem gestiegenen Rohstoffkosten, immer weiter steigenden Energiekosten und Problemen in den Lieferketten kämpfen. Themen wie „Chipkrise“, „Containermangel“ oder – jetzt wieder sehr aktuell – der Niedrigwasserstand am Rhein und an anderen Flüssen machen unseren Unternehmen eine längerfristige Planung extrem schwierig.

**Offene
Ausbildungsplätze**

Hinzu kommt ein Problem, das nicht nur unsere Branche betrifft: Die Pandemie hat Jugendliche, die kurz vor dem Schulabschluss standen oder mitten im Lockdown die Schule beendet haben, besonders hart getroffen. Ihre Möglichkeiten, sich über Berufe zu informieren, die ihren Fähigkeiten und ihren Neigungen entsprechen, waren sehr eingeschränkt. Digital haben unsere Unternehmen viel angeboten – und die Resonanz auf „Virtuelle Ausbildungsmessen“ war nicht schlecht. Aber diese Maßnahmen haben gerade im Herbst 2021

nicht zu mehr Bewerbungen in den
Ausbildungsabteilungen geführt.

Wir haben – vielleicht erinnern Sie sich –
gegengesteuert: Mit einer Kampagne, um offene
Ausbildungsplätze gerade der mittelständischen
Unternehmen bekannter zu machen. Unter dem
Slogan „Ausbildung starten. Zukunft gestalten.“
waren wir seit Anfang des Jahres mit Radiospots,
Plakaten und auf Social Media präsent. Und wir
haben Rückmeldungen der Unternehmen
erhalten, dass die Bewerberzahlen ab März, April
2022 etwas zugenommen haben.

Die Ausbildung ist ein Baustein, der unsere
Unternehmen zukunftssicher macht.

Nachwuchsarbeit wird und wurde schon immer
groß geschrieben in den Betrieben. Und sie wurde
immer in dem Maße betrieben, in dem sie gut,
richtig und sinnvoll ist. Warum ich das sage?

Weil wir davon überzeugt sind, dass es wichtiger
ist, die offenen Ausbildungsplätze zu besetzen, als
unbedingt weitere Angebote zu schaffen. Unser
Augenmerk muss darauf liegen, hier Jugendlichen,
vielleicht auch Umsteigern oder
Studienabbrechern, die Möglichkeiten und
Chancen einer Karriere in der Chemie-, Pharma-
und Lackindustrie zu vermitteln.

Umbruch der Branche

Das gilt insbesondere auch im Rahmen des demografischen Wandels: Die Babyboomer gehen in Rente, es gibt weniger Schulabgänger. Wir gehen also in zwei Richtungen: Einerseits werben wir um gut qualifizierte Schulabgänger.

Andererseits haben wir bewährte und auch neue tarifliche Instrumente, um schlechter qualifizierten oder benachteiligten Jugendlichen den Einstieg in eine Ausbildung zu erleichtern.

Daneben werden künftig Investitionen erforderlich sein, um Beschäftigte nachzuqualifizieren. Nicht nur durch die Pandemie haben sich Arbeitsplätze und Berufsbilder rasant verändert.

Wir halten Schritt – aber das erfordert einen hohen Aufwand, um zukunftssicher zu bleiben.

Tarifrunde 2022

Wir sind im Frühjahr in die Chemie-Tarifrunde 2022 gestartet – kurz nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine.

Gegenüber unserem Sozialpartner haben wir damals verdeutlicht, dass es in unserer Branche in den nächsten Jahren darum gehen wird, zu investieren statt zu verteilen. Um unsere Branche zukunftsfähig zu machen.

Daran hat sich nichts geändert. Im Gegenteil: Dass Erdgas als politisches Druckmittel eingesetzt werden kann, hatten die Wenigsten in Deutschland auf ihrer Agenda. Aber wir sehen – genau das ist der Fall. Gleichzeitig verlieren wir damit eine Brücke auf dem Weg in eine klimaneutrale Chemieindustrie. Wir müssen viel schneller und viel abrupter reagieren.

Mit dem Zwischenergebnis vom Frühjahr haben wir darauf reagiert: Die Einmalzahlung im April 2022 stellte einen tragfähigen Kompromiss in Zeiten großer Unsicherheit dar. Die Chemie-Sozialpartnerschaft hat, wieder einmal, sachgerecht funktioniert.

Im Oktober gehen die Verhandlungen weiter. Leider hat sich die Situation der Unsicherheit nicht verändert. Gerade für die energieintensive Chemie, die auch noch Erdgas als unverzichtbaren Rohstoff benötigt, ist die Situation noch bedrohlicher geworden.

Die große Mehrzahl der Unternehmen erwartet nicht, dass sich die nächsten Monate besser entwickeln als das schwache erste Halbjahr. Darüber dürfen auch sehr gute Ergebnisse der großen börsennotierten Grundstoffchemie nicht hinwegtäuschen: Sie stehen am Anfang der

Lieferkette. Und sie haben Umsatz und Ertrag gesteigert, die Produktion jedoch nicht. Für die mittelständische, von Weiterverarbeitern geprägte Branche in Baden-Württemberg heißt das: Unsere Unternehmen müssen höhere Preise für ihre Vorprodukte zahlen – für Energie ohnehin. Aber gleichzeitig können sie diese gestiegenen Kosten nicht einfach weitergeben. Ihnen fehlen damit Erträge, die sie aber dringend für Zukunftsinvestitionen benötigen.

Fazit

Sie sehen, es bleibt nicht nur die Unsicherheit, wie es weitergeht. Es bleibt auch unsere Forderung für eine Sicherung der Betriebe, der Arbeitsplätze und des Industriestandortes Baden-Württemberg. Es gilt weiterhin: Investieren statt verteilen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit